67. Jahrgang Nr. 60

Berliner

Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe

Sonntag, 9. Februar 1919

Erscheint täglich zweimal, Sonntags nur morgens. **Abonnementspreis** in Gross-Berlin und vielen Orten der Provinzen Brandenburg, Pommern, Sachsen u. Herzogt. Anhalt **30 Pf. wöchentl.** oder **M. 1,30 monatl.**, Abonnementspreis bei Postbezug: monatl. M. 1,30 u. vierteljährlich M. 3,90. Feldpost-Abonnements M. 1,80 monatl. **Insertionspreis** die Zeile 80 Pf. mit 45 Pf. Zuschlag, für Stellenangebote und Gesuche 70 Pf. mit 45 Pf. Zuschlag; Familien-Anzeigen für Abonnenten 70 Pf. die Zeile; Kleine Anzeigen: das Wort 20 Pf., das fettgedruckte Wort 30 Pf. mit 50% Zuschlag. — Redakt. u. Haupt-Exped.: SW, Jerusalemer Str. 46-49. – Tel.: Zentrum Nr. 10131-10144; f. d. Fernverk. Nr. 14207-14209.
Chefredakteur: Otto Nuschke.

mit Täglichem Unterhaltungs-Blatt
Illustrierter Familien-Zeitung
und illustriertem Witzblatt ULK

Filialen: Moritzpl., Köpenicker Str. 67-68, Wiener Str. 1-5, Frankf. Allee 236, Frankf. Allee 346, Gr. Frankf. Str. 101, Greifsw. Str. 197, Schönh. Allee 144, Schiffbauerd. 4, Fehrbellinerstr. 1, Müllerstr. 135, Badstr. 61, Königstr. 56-57, Rosenthal. Str. 48, Rathenow. Str. 3, Turmstr. 61, Potsd. Str. 33, Leipziger Str. 103, Zimmerstr. 59, Blücherstr. 69, Charlottenb.: Tauentzienstr. 2, Kantstr. 34, Schwarzenstr. 39, Nürnb. Str. 25-26; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunewald: Henriettenplatz; Lichtenberg: Frankf. Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1-2, Neukölln: Berliner Str. 41, Hermannstr. 93-94; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Str. 10; Schöneberg: Hauptstr. 23-24, Martin-Luther-Str. 9, Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88, Brandenburg: Hauptstr. 4; Frankfurt a. O. Regierungsstr. 48; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Paradeplatz 8.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Die neue Regierung.

Eine Ministerliste.

7 Sozialisten, 4 Demokraten, 4 Zentrumsleute.

Die P. P. N. schreiben:

Ueber die Zusammensetzung der neuen Reichsregierung wird folgende Ministerliste verbreitet:

Ministerpräsident: Scheidemann.
Vizepräsident: Payer.
Landesverteidigungsminister: Noske.
Reichsarbeitsamt: Bauer.
Reichswirtschaftsamt: Müller.
Ernährungsamt: Robert Schmidt.
Demobilmachungsamt: Wissell.
Minister ohne Portefeuille: Landsberg.
Reichsamt des Innern: Preuß.
Reichsfinanzamt: Schiffer.
Minister ohne Portefeuille: Naumann oder Petersen-Hamburg.
Reichsfinanzamt: Müller-Fulda.
Reichskolonialamt: Erzberger.
Reichspostamt: Stegerwald.
Reichsjustizamt: Bell.

Außerhalb der Parteikombinationen bleibt das parteineutrale Auswärtige Amt mit Graf Brockdorff-Rantzau.

Die Sozialdemokratie würde also stellen: Scheidemann, Noske, Bauer, Müller, Schmidt, Wissel, Landsberg; die Deutsche demokratische Partei: Payer, Preuß, Schiffer, Naumann (oder Petersen), und das Zentrum: Müller-Fulda, Bell, Erzberger, Stegerwald.

Es ist möglich, daß diese Liste im wesentlichen zutrifft, aber die Dinge sind längst noch nicht so weit. Die Sozialdemokratie beharrt unbedingt auf ihrem Anspruch, die Präsidenten der Nationalversammlung, des Reiches und des Reichsministeriums zu stellen. Sie will im Ministerium den beiden bürgerlichen Parteien die Hälfte der Sitze einräumen. Diese Basis der Verständigung ist noch immer nicht akzeptiert. Die bürgerlichen Teilnehmer der interfraktionellen Besprechungen kommen noch immer auf die Besetzung der Stelle des Präsidenten der Nationalversammlung durch einen der ihren, an Stelle von Dr. David, zurück. Demgegenüber erklärt die Sozialdemokratie, das Präsidium der Nationalversammlung sei überhaupt kein Handelsobjekt, sondern falle automatisch den Fraktionen in der Reihenfolge ihrer Stärke zu. Deshalb sei auch ein Deutschnationaler im Präsidium, ohne daß irgendein Mensch die Absicht hätte, mit dieser Partei eine Koalition einzugehen. Vor Montag früh ist eine endgültige Klärung der Lage keineswegs zu erwarten.

Die vorläufige Reichsverfassung.

Die Notverfassung vor der Nationalversammlung.

Weimar, 8. Februar. (Eigener Drahtbericht.)

Die erste Vorlage, die gestern der Nationalversammlung unterbreitet wurde, war der Entwurf einer Notverfassung. Das Haus war wieder außerordentlich stark versammelt. Regierungsbänke und Tribünen wiesen volle Besetzung auf. Die Sitzung selbst war von vorbildlicher Kürze. Die erste Lesung bestand darin, daß der Staatssekretär des Innern, Dr. Preuß, der Vorlage ein kurzes Geleitwort widmete. Preuß sprach, wie immer, geistvoll und mit Würde. Er fand mit Geschick die Diagonale zwischen Unitarismus und Partikularismus. Den schwierigsten Teil der Vorlage, den sogenannten Staatenausschuß, suchte er dadurch dem Hause geschmackvoll zu machen, daß er ihm die Aehnlichkeit mit dem früheren Bundesrat bestritt. Da sich Parteiredner von keiner Seite meldeten, konnte Vizepräsident Haußmann die erste Lesung schon nach einer Stunde für geschlossen erklären. Ursprünglich bestand die Absicht, auch in zweiter und dritter Lesung nicht zu reden. Drohend saß aber schon gestern Dr. Heim, der bayerische Bauernführer, der mit Kurt Eisner im Partikularismus wetteifert, da, um die bayerische Volksseele ein wenig kochen zu lassen. Er will am Montag bestimmt reden, und wenn es seinen Freunden nicht noch gelingt, ihn umzustimmen, dann dürften auch die anderen Parteien kaum zu halten sein.

Zu Beginn der Sitzung teilte Präsident David das Ergebnis der Schriftführerwahl vom Tage zuvor mit. Der gemeinsame Vorschlag der Parteien ist durchgegangen. Die Unabhängige Frau Agnes hat aber nur 61 Stimmen erhalten. Da die Unabhängigen bei der Präsidentenwahl weiße Zettel abgegeben hatten, revanchierte sich der größte Teil des Hauses dadurch, daß er die Frau Agnes auf dem gemeinsamen Zettel strich. Herr Geyer hatte außerdem entdeckt, daß Richard Fischer den Stimmzettel des Präsidenten David geköpft hatte (am Kopf stand nämlich der Name der Frau Agnes), und so schlug er gewaltigen Lärm gegen den Sünder, der seinerseits das Vorgehen als Mißverständnis hinzustellen suchte. Er vermochte dann aber für sich den mildernden Umstand anzuführen, daß die Stimmen Davids der Frau Agnes zugerechnet worden sind.

Hoffentlich bleibt die Nationalversammlung künftighin von solchen Dingen verschont.

Der Sitzungsbericht.

Am Regierungstisch: Ebert, Landsberg, Wissell, Dr. Preuß, Dr. v. Krause, Erzberger, Schiffer, Hirsch und andere.

Nachdem Präsident Dr. **David** die Sitzung um 3 Uhr 25 Minuten eröffnet hatte, wurden zunächst weitere Glückwunschadressen und Telegramme an die Versammlung verlesen. Unter anderen gaben die Angehörigen der republikanischen Soldatenwehr zu Lübeck in einem Telegramm die Versicherung ab, daß sie mit dem Verhalten einiger Soldatenräte und sonstiger radikaler Strömungen nicht einverstanden seien, sondern treu zur Regierung ständen. (Beifall.)

Hierauf wurde das **Ergebnis der Schriftführerwahl** bekanntgegeben. Gewählt sind Fischer (Soz.) mit 384, Dr. Neumann-Hofer (Dem.) und Stücklen (Soz.) mit ebenfalls 384 Stimmen, Dr. Pfeiffer (Zentr.) mit 382, Kempkes mit 382, Volz mit 381, Malkewitz (Deutschnatl.) mit 376 und Frau Agnes (U. S.) mit 61 Stimmen.

Das im 25. Wahlkreise gewählte Mitglied Maenner hat das Mandat niedergelegt.

Nach Erledigung des Zwischenfalles Agnes trat das Haus in die Tagesordnung ein: erste Beratung des Gesetzentwurfes über die vorläufige Reichsgewalt.

Staatssekretär Dr. **Preuß** leitet seinen begründenden Vortrag mit den Worten ein, womit einst Heinrich v. Gagern die erste verfassunggebende Nationalversammlung in der Paulskirche in Frankfurt a. M. begrüßte: „Die Schaffung einer Verfassung für das Reich liegt Ihnen ob. Der Beruf und die Vollmacht zur Schaffung dieser Verfassung liegt

in der Souveränität der Nation.

Deutschland wird eins sein, ein Reich, regiert vom Willen des Volkes unter der Mitwirkung aller seiner Glieder. Wenn über manches Zweifel bestehen mögen, die Forderung der Einheit ist die Forderung der ganzen Nation; die Einheit will sie, die Einheit wird sie haben." Das deutsche Volk, fuhr der Staatssekretär fort, muß im Hinblick auf seine Leistungen und seine Tüchtigkeit an der Hoffnung festhalten, daß es auf den Sturz einen Aufstieg geben wird. Das, was durch die Revolution geschehen ist, bedarf nunmehr der rechtlichen Ordnung und Fundamentierung durch diese hohe Versammlung. Das Reich als solches, die Gesamtheit der deutschen Nation, von der wir ja nach den Kundgebungen dieser Tage hoffen und erwarten dürfen, daß sie sich durch den Hinzutritt unserer deutschen Brüder aus Oesterreich vervollständigen wird, ist der feste Bestand, den wir in den neuen Zustand hinübernehmen. Auch in den Wirren der letzten Vergangenheit ist bei allen Stürmen und Zwischenfällen, die mit den revolutionären Zuständen untrennbar verbunden sind, im großen und ganzen der ordnungsmäßige Gang der Geschäfte aufrechterhalten worden, und ich glaube an dieser Stelle den Kräften des Beamtentums, die sich ohne Rücksicht auf politische Ueberzeugung in den Dienst der Aufrechterhaltung der vaterländischen Ordnung und der Erledigung der vaterländischen Geschäfte gestellt haben, Anerkennung aussprechen zu dürfen. (Beifall.) Ein großer und mächtiger Drang in unserem Volke geht nach stärkerer Vereinheitlichung, ein Drang nicht nur des Gefühls, sondern auch der harten materiellen Notwendigkeit. (Zustimmung.) Will Deutschland nach allem, was geschehen ist, wieder aufsteigen unter den Nationen, so muß es

mehr noch als bisher seine Einheit betonen und stärken.

(Sehr richtig!) Aber der Gegensatz dazu liegt keineswegs bloß in den Dynastien, es ist vielfach eine segensreiche und fruchtbare Eigenschaft unseres Volkes, daß es mit Herz und Seele an den Einrichtungen, an dem Leben engerer Gemeinschaft hängt, und solche engeren Gemeinschaften wachsen schon in verhältnismäßig kurzer Zeit zu einem festen Organismus zusammen, der den Selbsterhaltungstrieb des Gemeinwesens zeitigt, und an dem seine Kinder mit Liebe und Leidenschaft hängen. Auch von dem gar nicht stark genug zu betonenden Standpunkt der Reichseinheit aus wäre es doch verfehlt, diesen Trieb und Drang lediglich bekämpfen zu wollen. (Sehr richtig!) Auch in ihm liegen Stärken unseres Volkes.

Bei manchen dringenden Gesetzen wird eine Zustimmung der einzelstaatlichen Vertretungen vorgesehen, eine

Uebereinstimmung zwischen dem Staatenausschuß und der Nationalversammlung.

Aber es bestehen Unterschiede zwischen dem Staatenausschuß und dem früheren Bundesrat. Mit der Ablehnung eines Beschlusses der Nationalversammlung durch den Staatenausschuß soll nicht das letzte Wort gesprochen sein, sondern es ist die Möglichkeit vorgesehen, die strittige Frage im Wege der Volksabstimmung zur Entscheidung zu bringen. Der verantwortlichen Reichsregierung kann nicht durch einen Mehrheitsbeschluß des Staatenausschusses der Weg zur Nationalversammlung abgeschnitten werden, wie es früher der Fall war.

Rendner legt dann im Einzelnen die Befugnisse dar, die in dem Entwurf für den Reichspräsidenten und für das verantwortliche Ministerium enthalten sind. Selbstverständlich sind

Kriegserklärung und Friedensschluß nicht dem Präsidenten vorbehalten,

sondern auf den Weg der Reichsgesetzgebung verwiesen. Auf dem Gebiete der internationalen Verträge wird das bisherige Recht einstweilen aufrecht erhalten mit dem Zusatz, daß im Hinblick auf den Völkerbund, wenn in diesem allen Mitgliedern die gleiche Verpflichtung auferlegt wird, alle Verträge der parlamentarischen Zustimmung bedürfen sollen und **damit mit dem System der Geheimverträge gebrochen** wird.

Eine Abweichung von dem bisherigen System bedeutet, daß die künftigen Reichsminister für ihre einzelnen Verwaltungen jedenfalls

unmittelbar der Nationalversammlung verantwortlich

sein sollen und nicht mehr, wie früher, Gehilfen des Reichskanzlers sind. Schon daraus wird sich die Notwendigkeit eines kollegialen Zusammenwirkens ergeben. Selbstverständlich muß an der Spitze des Reichsministeriums ein Ministerpräsident stehen. Den alten ehrwürdigen Namen „Reichskanzler" haben wir zunächst nicht eingesetzt, vielleicht aus dem Gefühl heraus, daß er zu historisch schwer sei, um in einem vorläufigen Entwurf aufgenommen zu werden.

Nächste Sitzung: Montag, 10. Februar, nachmittags 3 Uhr. (Zweite Beratung des Entwurfes über die vorläufige Reichsgewalt.)

Die Bildung der Volksregierung.

Der Chefredakteur der „Berliner Volks-Zeitung", Otto Nuschke, der als Mitglied der Nationalversammlung in Weimar weilt, sendet uns nachstehende Ausführungen:

Nachdem die deutsche Nationalversammlung sich konstituiert hat, ist es nunmehr das oberste Erfordernis, eine Regierung zu bilden, die sich auf den Volkswillen stützen kann. Die bisherige Regierung Ebert-Scheidemann-Noske nannte sich zwar mit Vorliebe Volksregierung, ja ihre Mitglieder bezeichneten sich sogar als Volksbeauftragte, aber es war nur das revolutionäre Volk, vielleicht auch nur ein Teilchen davon, das sie beauftragt hatte. Ihre Mitglieder sind sich zu keinem Zeitpunkt darüber im Zweifel gewesen, daß nur eine Regierung, die sich auf das Vertrauen der Nationalversammlung stützen kann, vom Auslande als legitimierte Vertretung des deutschen Volkes anerkannt wird. Die Regierung wird formell zwar ihre Aemter erst der Nationalversammlung zur Verfügung stellen, wenn der Reichspräsident gewählt sein wird; denn nach der vorläufigen Verfassung soll der Reichspräsident die einzelnen Minister berufen. Aber es ist nur natürlich, daß bei der jetzt so kostbaren Zeit die Verhandlungen über die Neubildung der Regierung bereits vorher emsig gepflogen werden.

An sich liegen die Verhältnisse klar und eindeutig. Die Wahlen zur Nationalversammlung haben keine sozialistische Mehrheit ergeben. Demokratie und Sozialdemokratie besitzen eine ausreichende Mehrheit, aber die Wichtigkeit der zu lösenden Fragen läßt es geraten erscheinen, die Regierungsmehrheit so breit wie möglich zu basieren. Deshalb ist man sich sowohl in der Deutschen demokratischen Partei wie bei den Mehrheitssozialisten darüber klar, daß die Hinzuziehung des Zentrums wünschenswert ist. Das Zentrum ist auch seinerseits durchaus bereit, sich an der Regierung zu beteiligen. Insofern ist also schon Klarheit geschaffen, daß die alten Mehrheitsparteien des verflossenen Reichstages gewillt sind, die Regierung zu bilden. Wenn wir recht unterrichtet sind, verhandelt man gegenwärtig sowohl über die programmatischen wie über die personellen Fragen. Die Schwierigkeiten dürften zunächst in den Personalansprüchen der Sozialdemokratie liegen. Die Partei hat bereits den Präsidenten der Nationalversammlung zugestanden erhalten, und die Wahl Dr. Davids ist auch von den bürgerlichen Mehrheitsparteien lebhaft begrüßt worden. Nach den bisher in Deutschland üblichen parlamentarischen Gewohnheiten hat die stärkste Partei das Recht, den Parlamentspräsidenten zu stellen. Nun aber fordert die Sozialdemokratie auch den Reichspräsidenten. Sie möchte hier Herrn Ebert gewählt sehen. Ursprünglich erhob sie auch die Forderung, den Ministerpräsidenten, der jetzt an die Stelle des Reichskanzlers treten soll, aus ihren Reihen zu nehmen. Gegen eine geringe Mehrheit in ihrer Fraktion soll sie jedoch geneigt sein diesen Posten einer der beiden bürgerlichen Mehrheitsparteien zu überlassen. Diese Haltung ist politisch nicht unbedenklich. Die Wahlen haben gezeigt, daß im deutschen Volke keine sozialistische Mehrheit vorhanden ist. Es wäre darum richtiger, als Reichspräsidenten nicht einen sozialdemokratischen Parteimann zu nehmen. Hier würde eine Persönlichkeit von internationalem Ruf und unantastbar demo-

kratischer Gesinnung das deutsche Volk besser repräsentieren. Der Reichspräsident soll der Vertreter des deutschen Volkes nach außen hin sein. Er bevollmächtigt unsere Auslandsvertreter und empfängt die Gesandten der ausländischen Staaten. In jeder seiner Amtshandlungen muß er sich als der Beauftragte des ganzen Volkes fühlen. Wenn die Sozialdemokratie demgegenüber meint, daß gerade die Arbeiter ein Symbol der errungenen Macht in einem sozialdemokratischen Präsidenten sehen würden und ein Linksabmarsch ihrer Wähler dadurch verhütet werden könne, so geht diese Auffassung von falschen psychologischen Voraussetzungen aus. Die sozialdemokratischen Massen werden in ihrer Haltung besonders durch die Politik bestimmt werden, die in Zukunft getrieben wird. Der verantwortliche Vertreter dieser Politik wird aber nicht der Reichspräsident, sondern der Ministerpräsident sein. Wenn nun die Sozialdemokratie bereit ist, den Ministerpräsidenten den Demokraten oder dem Zentrum zuzugestehen, so leitet sie vielleicht die taktische Absicht, die Verantwortung für die kommende Politik vor den Arbeitern etwas von sich abwälzen zu können. Aber das wäre ein gefährliches Spiel. Soll Deutschland aus den jetzigen Zeiten des Niederbruchs und der Wirrnis wieder herausgeführt werden, so bedarf es schwerer gesetzlicher Eingriffe auf allen möglichen Gebieten. Die Sozialdemokratie verkennt das keineswegs. Sie ist, soviel wir unterrichtet sind, mit der Neuschaffung eines Heimatheeres einverstanden, und sie wird sich auch nicht den notwendigen wirtschaftlichen Maßnahmen verschließen. Aber gerade hier wäre es zweckmäßig, wenn alle diese Gesetze von einem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten gedeckt würden. Denn nur so ist es möglich, den Arbeitern klar zu machen, daß andere Auswege nicht möglich waren. Das künftige Ministerium wird zur vollen Hälfte aus Sozialdemokraten bestehen. Würde es eine bürgerliche Spitze haben, so entsteht eine sachlich außerordentlich schwierige Lage. Wir können darum nur vor dem beabsichtigten Wege warnen. Es bleibt eben nur die Lösung, einen nichtsozialdemokratischen Reichspräsidenten zu nehmen, den Ministerpräsidenten und den Parlamentspräsidenten aber der Sozialdemokratie zu überlassen.

Daß dieser Weg nicht beschritten wird, liegt offenbar lediglich an der Personenfrage. Nicht etwa, daß sich nicht ein Nichtsozialdemokrat als Reichspräsident fände! Aber die Sozialdemokratie hat den Präsidentenstuhl nun zunächst einmal Herrn Ebert zugedacht. Es wäre aber geradezu verhängnisvoll, daraus eine Prestigefrage zu machen. Die Vergangenheit hat zur Genüge gelehrt, daß eine solche Taktik fast immer schädlich ist. Ueberhaupt scheint bei den gegenwärtigen Verhandlungen über die Bildung der ersten Volksregierung die Frage der Person eine viel zu große Rolle zu spielen. Die alten Parlamentarier sollen sich doch nicht darüber täuschen, daß ihre Kenntnis und Routine wettgemacht wird durch die Abneigung weiter Volkskreise gegen alles, was mit der Vergangenheit zusammenhängt. Diese Abneigung erstreckt sich auch auf die alten Führer der sozialdemokratischen Mehrheitspartei. Ausschlaggebend dürfen jetzt nur sachliche Gesichtspunkte sein. Es wäre darum wünschenswert, wenn die Männer, die jetzt in Weimar verhandeln, sich zunächst einmal dahin verständigten, die Dinge losgelöst von allen Personenfragen zu betrachten. Zunächst muß man sich doch darüber klar werden, was des Deutschen Reiches militärische, politische und wirtschaftliche Notlage erheischt. Steht das sachliche Programm fest, dann werden sich in Deutschland auch Männer finden, die im Rahmen der gegebenen Mehrheitsverhältnisse in der Nationalversammlung seine Durchführung zu übernehmen bereit sind. Und wir sind der Meinung, daß es wahrhaftig kein Unglück sein wird, wenn der neue Geist und die neuen Aufgaben auch durch neue Männer vertreten werden.

Die Lage in Hamburg.

„Die Einbrecher werden zu einer Landplage . . . ."

Die „V. P. N." schreiben: Die Stabilität der Ordnung in Hamburg ist leider noch nicht völlig gewährleistet. Lauffenberg hat seine Leute nicht fest in der Hand. Russische Agenten suchten sich der Gewalt zu bemächtigen. Die Entwaffnung ist schwerer als die Austeilung der Waffen. Die Einbrecher werden zu einer Landplage und gefährden die Lebensmittelzufuhren für Depots. Der Soldatenrat ist leider eigenmächtig und zerfahren. Es wird notwendig sein, daß die Hamburger mehrheitssozialistische Parteileitung durch klare Politik und soziale Fürsorge die noch immer schwierige Situation klären muß.

Ruhe in Kiel.

Der Generalstreik beendet.

Berlin, 8. Februar. (W. T. B.)

Aus Kiel telegraphiert der Gouverneur Garbe an die Reichsregierung: Der Belagerungszustand über Kiel ist heute aufgehoben. Generalstreik beendet, Kiel vollkommen ruhig.

Pöbelausschreitungen in Bremen.

Bremen, 8. Februar.

In der letzten Nacht gegen 3 Uhr drangen bewaffnete Pöbelhaufen in die im Bürgerpark gelegenen Villen ein und raubten und plünderten. Zwischen hinzugekommenen Regierungstruppen und den Banden entspann sich eine heftige Schießerei. Der heutige Tag ist jedoch ruhig verlaufen.

Die Braunschweiger Republikenmacherei.

Eine Einladung des A.- und S.-Rates.

Berlin, 8. Februar. (W. T. B.)

Am 6. Februar hat der A.- u. S.-Rat in Braunschweig folgendes Telegramm an den Korpssoldatenrat des 4. Armeekorps geschickt:

„Sendet Vertreter mit weitestgehenden Vollmachten für Sonntag, den 9., vormittags 10 Uhr, nach Braunschweig, Landtagsgebäude zwecks Besprechung über Begründung einer nordwestdeutschen Bundesrepublik. Aus jedem Korpsbezirk sind mindestens fünf bis sechs Vertreter zu senden. Briefliche Einladungen und Proteste folgen.

A.- und S.-Rat Braunschweig."

Dazu wird von zuständiger Stelle bemerkt: Wenn jeder A.- und S.-Rat, dem das Bekenntnis des deutschen Volkes nicht in seine Hauspolitik hineinpaßt, sich für befugt halten sollte, gegenüber Weimar ein Konkurrenzunternehmen aufzutun, so dürfte die Eisenbahn eine höchst überflüssige Belastung erfahren. Da selbstverständlich alle Beschlüsse derartiger wilder Nebenparlamente keine Bedeutung haben, so ist zu hoffen, daß alle Einsichtigen sich diesen dilettantischen Uebungen fernhalten

Legien gegen die Räte.

„Jeder nimmt für sich, was er kriegen kann."

Vor Vertretern der Gewerkschaftsvorstände sprach der Vorsitzende der Generalkommission, Legien, über die Wirkung der Gewerkschaften seit dem 9. November. Dabei führte er über das Rätesystem aus:

Das Rätesystem sei überhaupt keine und jedenfalls keine leistungsfähige Organisation. Ferner zersplittere es die Einheit des Berufszweiges und mache, entgegen allen Gewerkschaftsanschauungen, den Lohn von der Rentabilität des einzelnen Betriebes abhängig. Alle bisherigen Gesetze der Solidarität, des Eintretens gerade für die Schwächeren und ungünstiger Gestellten hörten hier auf. Jeder nimmt für sich, was er kriegen kann. Ein Bedürfnis für das Rätesystem liege nicht vor, und Aufbau der Organisationen und Vertretungen der Arbeiter seien dabei kaum denkbar. Im Steindruckgewerbe, das zu zwei Dritteln auf den Export angewiesen ist, hätten die Arbeiterräte durch ihre wilden Lohntreibereien geradezu eine tolle Verwirrung angerichtet.

Diese scharfe Abrechnung ruft selbstverständlich die Empörung der „Freiheit" hervor, die auch in gewerkschaftlicher Beziehung auf dem äußerst linken Flügel der Sozialdemokratie angelangt ist. Da unverhohlen die ewige Geltung des Rätesystems gefordert wird, ist der Anschluß an die syndikalistische Richtung vollzogen, deren oberstes Kampfziel von jeher die Vernichtung der Gewerkschaften gewesen ist. Ob sich allerdings sehr viele Arbeiter zur Zertrümmerung des mit ihren eigenen Groschen errichteten Gebäudes bereitfinden werden, möchten wir bezweifeln.

Rücktritt August Müllers?

Die Gerüchte, daß August Müller aus dem Reichswirtschaftsamt scheiden wolle oder solle, mehren sich. Als Nachfolger wird vor allem der Staatssekretär des Demobilmachungsamts, Oberstleutnant Dr. Koeth, genannt. Für Koeth wird angeführt, daß er sich durch manche Maßnahmen bei großen Teilen der Arbeiterschaft beliebt gemacht habe. Andererseits hat sich das Demobilmachungsamt unter seiner Leitung viele Feinde durch die Pläne zugezogen, durch die es die Arbeitslosigkeit bekämpfen wollte, und die erst infolge der entstandenen Aufregung bedeutend gemildert wurden. Von pazifistischer Seite wird ihm vor allem verdacht, daß er während des Krieges, in seiner Tätigkeit am Kriegsrohstoffamt, mit besonderem Nachdruck die Versendung französischer und belgischer Maschinen nach Deutschland veranlaßt habe; ein Leiter des Reichswirtschaftsamts dürfe aber heute nicht bei der Entente in schlechtem Rufe stehen. Die Fähigkeiten Koeths an sich werden von keiner Seite bestritten. Die Frage des Aemterwechsels scheint übrigens sehr akut zu sein, da in der von uns wiedergegebenen Ministerliste bereits Wissell als Leiter des Demobilmachungsamts erscheint, wodurch eine anderweitige Verwendung von Koeth notwendig geworden ist.

Auflösung des Reichskolonialamtes?

Die Deutsche Kolonialgesellschaft schreibt uns:

Zeitungsnachrichten zufolge ist in Weimar in Aussicht genommen worden, das Reichskolonialamt als solches eingehen zu lassen und es als Unterstaatssekretariat dem Auswärtigen Amt anzugliedern. Sollte diese Angabe den Tatsachen entsprechen, so würde das dem Ausland gegenüber nichts anderes bedeuten als einen weder berechtigten noch gerechtfertigten Rückzug in der Vertretung unserer kolonialen Interessen, den wir um so mehr bedauern müßten, als der Widerhall der kürzlich veranstalteten kolonialen Protestkundgebungen deutlich genug bewiesen hat, daß das deutsche Volk nicht daran denkt, seine kolonialen Rechte der englisch-französischen Ländergier zu opfern.

Sofortige Gründung des Völkerbundes?

Die Absicht Wilsons.

Amsterdam, 8. Februar. (T. U.)

Nach einer Meldung aus Paris fordert Wilson die sofortige Begründung des Völkerbundes, die noch vor seiner Abreise nach Amerika, die am 15. Februar erfolgen soll, vollzogen sein soll. Er begründet dies vor allem damit, daß er bei seiner Rückkehr nach Amerika der dort stark wachsenden Zweifelsucht und Kritik der Gegner mit einer vollendeten Tatsache entgegentreten könne. Die in den Völkerbund aufzunehmenden Staaten sollen einen Beweis des tatsächlichen Bestehens ihrer freiheitlichen Verfassung und einer verantwortlichen Regierung beibringen.

Deutschlands Lebensmittelversorgung.

Milch, Fett und Speck.

Haag, 8. Februar. (Privat.)

Hollandsch Nieuwsbureau meldet aus London: Die Vertreter der interalliierten Kommission für die Nahrungsmittelversorgung haben gegenwärtig mit den deutschen Vertretern in Spaa eine Begegnung, um die Frage der Nahrungsmittelversorgung von Deutschland zu besprechen. Wie der politische Mitarbeiter der „Daily Mail" mitteilt, hat Deutschland angenommen, die Nahrungsmittel um Geld zu erwerben, und es wurden Anweisungen nach England gesandt, um Nahrungsmittel nach Deutschland einzuschiffen. Diese Schiffe sollen über Holland gehen. Die erste Nahrungsmittelart, die gesandt wird, ist kondensierte Milch. Weiter soll Fett gesandt werden, und später wird es vielleicht möglich sein, einen Vorrat amerikanischen Specks zu senden, der bis jetzt in den Händen britischer Grossisten sich befindet. Das Geld, das Deutschland für die Nahrungsmittel bezahlen soll, soll nach Belgien und Frankreich gesandt werden. Später sollen die Rechnungen unter den Alliierten ausgeglichen werden. Die Gründe hierfür sind, daß die genannten Länder der Ansicht sind, daß die erste Verwendung der deutschen Goldreserve darin bestehen muß, die Kosten für die Wiederherstellung der verwüsteten Gebiete zu decken.

Die Kommissionsberatungen in Paris.

Paris, 8. Februar. (Havas. Amtlich.)

Die Kommission für den Völkerbund leistete wertvolle Arbeit in der Behandlung der wesentlichsten Punkte und beschloß, einige Klauseln des Entwurfes an eine Unterkommission zu überweisen. Die Untersuchungskommission, die am Sonntag nach Polen abreisen soll, hielt heute vormittag ihre letzte Sitzung ab.

Neue Forderungen an Deutschland.

Paris, 8. Februar. (Havas.)

Bericht über die diplomatische Lage: Im Obersten Kriegsrat werden Fochs militärische Sachverständige ihre Ansicht über die Bedingungen für die Erneuerung des Waffenstillstandes und die Notwendigkeit, die Demobilmachung in Deutschland und die Warenerzeugung der deutschen Kriegsindustrie, besonders der Essener Werke, zu beaufsichtigen, darlegen. Andererseits wird der Oberste Kriegsrat die Truppenstärken festsetzen, die in jeder der alliierten Armeen auf mobilem Fuße zu erhalten sein werden. Man hofft, daß die Sitzung am 8. Februar die Tagesordnung erledigen werde.

Die Polen rufen zum Kampf auf!

Ein „Kabinettstück polnischer Entstellungskunst".

Berlin, 8. Februar.

Durch die am 7. Februar in der Presse bekanntgegebene Mitteilung ist dem obersten polnischen Volksrat gegenüber die Einstellung aller Kampfhandlungen an die **Vorbedingung** geknüpft worden, **daß keine bewaffneten Formationen auf reichsdeutschem Gebiet verbleiben dürften.** Hierauf ist der preußischen Regierung heute nachstehende

Antwort

des obersten polnischen Volksrats zugegangen:

„Aus allgemeinen **Menschlichkeitsrücksichten** haben wir ihnen Einstellung von Geiselpolitik, Repressalien, Einstellung von Luft- und Gasgiftangriffen und schließlich zwecks Vermeidens unnützen Blutvergießens Einstellung von Kampfhandlungen vorgeschlagen, haben gleichzeitig niemals den Standpunkt verlassen, daß wir der Entscheidung des Friedenskongresses nicht vorgreifen wollen. Unsere Bewegung war elementarer Protest des Volkes gegen jahrzehntelange Unterdrückung, gegen Nichtaufhebung von Ausnahmevorschriften und Nichtabberufung von hakatistischen Beamten gegen Greuel demoralisierter Grenzschutzbanden. Während unserer Berliner Verhandlung bewiesen sie **volle Geneigtheit** zum Abschluß von Waffenstillstand und weiterer Verhandlungen. Entgegen getroffenen Vereinbarungen machen sie Abschluß von Waffenruhe abhängig von Auflösung unserer bewaffneten Formationen. **Wir lehnen diese Forderung kategorisch ab.** Unsere Formationen sind ein Schutz unserer Heimat gegen die zuchtlosen Grenz- und Heimatsschutz- und eventuelle Kampftruppen gegen russischen Bolschewismus. **Weisen ihnen alle Verantwortlichkeit für ferneres Blutvergießen zu und rufen gesamte männliche Bevölkerung zur Verteidigung von Weib und Kind, Haus und Herd auf.** Oberster polnischer Volksrat. Korfanty. Poszwinski."

Diese Antwort ist ein **Kabinettstück polnischer Entstellungskunst.** Mit Worten beteuern die Polen immer wieder, den Entscheidungen des Friedenskongresses nicht vorgreifen zu wollen. Ihre Taten, ihre planmäßige Entfesselung und Durchführung des Aufruhrs stehen im **schroffsten Gegensatz** zu diesen Worten. Die preußische Regierung hat mit ihrer Forderung nur das verlangt, **was nach der klaren Rechtslage ihre selbstverständliche Pflicht war.** Was die Polen zu Verhandlungen nach Berlin trieb, waren weniger Rücksichten der Menschlichkeit, als vielmehr **bittere wirtschaftliche Not.** Sollten die polnischen Gewalthaber um ihre Macht zittern und es deshalb nicht wagen, den von preußischer Seite gewiesenen Weg zur Einstellung des Blutvergießens zu betreten?

Amerikanische Ohrfeigen für Polen.

Die amerikanische Presse über das Vorrücken der Polen.

Die Meldungen über das Vorrücken der Polen haben in der amerikanischen Presse Ueberraschung und Aufsehen erregt. Die Blätter sind sich darüber einig, daß Polen in erster Linie seine Pflicht als Bollwerk gegen den bolschewistischen Ansturm zu erfüllen habe. Es habe seine Front gegen Osten, aber nicht gegen Westen zu bilden. „New York Times" vom 4. befürworten, daß von den Alliierten General Holder baldmöglichst zum Schutze der polnischen Ostfront nach Polen gesendet würde. „New York World" vom 3. erklärt, Polen dürfe seine Grenzregulierungen nicht selber ausführen. Die Alliierten hätten die **moralische Verpflichtung,** seit dem Waffenstillstand **die Zentralmächte gegen Uebergriffe in Schutz zu nehmen.** Zu einem Kampf gegen Deutschland könnten an Polen weder Waffen noch Munition geliefert werden. Die „World" weisen am 4. darauf hin, daß die polnischen Umtriebe zu ungeahnten Komplikationen führen und Wilsons Friedensarbeit unnütz erschweren könnten. Selbst die „New York Tribune" vom 4. bekennt sich zu der Ansicht, daß bei einem polnischen Versuch, in die Provinz Brandenburg einzudringen, diese nicht nur von den Deutschen, sondern auch von den Alliierten, die Deutschland einen Waffenstillstand bewilligt hätten, verteidigt werden müßte.

Die Kämpfe im Osten.

Berlin, 8. Februar. (W. T. B.)

Die Oberste Heeresleitung meldet über die Lage im Osten:

A. O. K. Nord: Keine besonderen Ereignisse. Kowel wurde von uns geräumt. Polen und Ukrainer kämpfen jetzt um seinen Besitz.

A. O. K. Süd: Starke polnische Angriffe in Gegend von Rawitsch. Anfangserfolge der Polen wurden durch einen deutschen Gegenangriff ausgeglichen, der uns wieder in den Besitz sämtlicher beim Angriff verlorener Ortschaften brachte. Im Netzeabschnitt ist es uns gelungen, die Ortschaften Kolmar und Margonin, südöstlich Schneidemühl, zu besetzen. Dagegen schlug ein eigener Vorstoß zur Besitznahme des Dorfes Exin fehl. Schubin, südwestlich Bromberg, wurde von uns infolge des polnischen Druckes geräumt.

Bromberg, 8. Februar. (Amtlich.)

Vor überlegenen polnischen Kräften zogen sich unsere Truppen aus Grüntal zurück. Ein polnischer Angriff auf Murowanitz hatte vorübergehend Erfolg, wurde aber durch einen Gegenstoß einer Kompagnie des Grenzschutzbataillons 8 abgewiesen und der Gegner bis Biskawy zurückgeworfen. Eine polnische Seitendeckung, die in Stärke von 30 Mann bei Ruden über den Kanal zu stoßen versuchte, wurde durch Maschinengewehrfeuer unter Verlusten zurückgedrängt.

Spartacistische Räuberbanden gegen den Grenzschutz.

Ratibor, 7. Februar.

In der Nacht zu Donnerstag kamen, wie die „Oberschlesische Volkszeitung" meldet, 28 mit Messern bewaffnete Spartacisten von Orzesche nach Loslau, um die doch liegende halbe Kompagnie Grenzschutz zu entwaffnen. Die Soldaten waren jedoch auf der Hut. Sie wurden sämtlich verhaftet

Bochum, 8. Februar.

Eine Bande, die aus drei Soldaten mit Karabinern und drei Zivilisten mit Dolchen und Revolvern bestand, raubte heute früh 100 000 Mark, die der Gewerkschaft Vereinigung gehörten und die drei Beamte in einem Wagen zur Löhnung nach Schacht 4 bringen sollten. Der Ueberfall erfolgte an einer einsamen Stelle.

Reichsausschuß der Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge.

Die Reichsregierung hat eine Verordnung über die soziale Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge verabschiedet, wonach diese unter Mitwirkung der Einzelstaaten und der Selbstverwaltungskörperschaften vom Reich übernommen wird. Beim Reichsarbeitsamt wird ein Ausschuß der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge errichtet, der sich in zwei Abteilungen gliedert. In die Abteilung Kriegsbeschädigtenfürsorge werden neben Vertretern der in jedem Bundesstaat zu errichtenden Hauptfürsorgestelle für Kriegsbeschädigte mindestens je ein Vertreter solcher Vereinigungen der Kriegsbeschädigten berufen, die ihre Wirksamkeit auf das Reich erstrecken und eine entsprechende Mitgliederzahl haben. Der Reichsausschuß hat hauptsächlich die Aufgabe, die Grundsätze für die Durchführung der Fürsorge aufzustellen. Den Hauptfürsorgestellen sind Beiräte angegliedert, in welche Vertreter der Kriegsbeschädigten, der Kriegshinterbliebenen, der Arbeitnehmer und Arbeitgeber, sowie in der sozialen Fürsorge erfahrene Persönlichkeiten zu berufen sind. Der Beirat ist zugleich endgültige Beschwerdeinstanz der einzelnen Fürsorgestelle gegen die Verfügungen der Hauptfürsorgestelle. Die Verordnung tritt, soweit es sich um organisatorische Maßnahmen handelt, mit dem Tage der Verkündung, im übrigen für jeden Bundesstaat mit einem von der Landeszentralbehörde zu bestimmenden Tage in Kraft. Damit ist einem berechtigten Wunsche der Kriegsbeschädigten und der Kriegshinterbliebenen Rechnung getragen. In ihrer Hand liegt in entscheidendem Maße die Bestimmung, wie die Fürsorgegelder und in welchem Geiste die Fürsorgegelder verwendet werden sollen.

Französisches Mißbehagen über Bern.

Bern, 8. Februar.

Der weitere Gang der Berner internationalen Sozialistenkonferenz wird von der großen bürgerlichen Pariser Presse mit wachsendem Mißbehagen betrachtet. „Temps" schreibt, daß die Sozialisten aller Länder, mit Ausnahme der ganz rechtsstehenden Franzosen, die Frage der Verantwortlichkeit umgingen, um die Einigkeit der Internationale nicht zu gefährden, was dazu führte, daß die deutschen Mehrheitssozialisten die These von der Nichtschuld mit wachsender Kühnheit verteidigen konnten. Ob man es wolle oder nicht, sie blieben Komplizen des preußischen Militarismus, mit denen man nicht diskutieren könne, sondern die man verurteilen müsse.

Verantwortliche Redakteure: für äußere Politik: Dr. Erich Marx, Charlottenburg; für innere Politik: Karl Vetter, Neukölln; für Kommunales, Groß-Berlin, Gerichtszeitung und den übrigen Teil: Heinrich Heppenheimer, Berlin; für Feuilleton und „Tägliche Unterhaltungsbeilage": Georg Siegfried, Zehlendorf; für den Inseratenteil: Paul Gräß, Berlin-Lichterfelde.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin.
Hierzu 1 Beiblatt.

Füllet die Reihen!

Für des Reiches Schutz!
Für der Heimat Wohl!
Tretet ein ins

Freikorps Hülsen!

Korpsabzeichen: goldenes Eichenlaub am Kragen.

Bedingungen:
Mobile Löhnung, 5 M. Tageszulage, freie Unterbringung, Verpflegung und Ausrüstung; Familienunterstützung läuft weiter.

Werbezentrale: Charlottenburg, Luisenplatz 5b, Luisencafé, Untergrundbahnstation: Wilhelmsplatz.

Werbestellen: Werder a. d. Havel, Torstraße 177,
Berlin W. Hardenbergstraße 27, Soldatenheim,
" Tauentzienpalast,
" Spittelmarkt (Aschinger),
" Belleallianceструße 22,
" Café Bauer, Unter den Linden,
" Frankfurterstraße 37,
" Potsdamerplatz 1a,
" Alexanderplatz 2,
" Chausseestraße 1,
Wilmersdorf, Kaiserplatz 7,
Potsdam, Husarenkaserne (Zimmer 79),
Köpenick „Stadt Magdeburg" Schloßplatz,
Friedrichsfelde, Wilhelmsplatz 17, Schloßrestaurant,
Oberschöneweide, Rathausstraße 3, Restaurant Kuersten.
Abl. Grothe, Sophie-Charlottenstr. 52.

Leiser

unsere Riesenlager sichern Ihnen einen vorteilhaften, stets gleichmäßig billigen Einkauf

SEIDE

Reinseidener Schleierstoff bedruckt, 100 cm br. in schönen Dessins — Mk. 19.50

Taffet, doppeltbreit bedruckt für Kleider — Mk. 39.50

BLUSEN

China-Krepp sehr hübsche Formen — 59.

Rübchen-Suppe ohne Fleisch, ohne Fett mit Plantox

500 g kleine Rübchen, 20 g Plantox, 20 g Gerstengrütze, eine Zwiebel, 1 Eßlöffel Petersilie.

Die Rübchen werden geputzt, gewaschen, mit zwei Liter kochendem Wasser und der Grütze angesetzt und zugedeckt langsam 1½ Stunden gekocht. 500 g geschälte, gewaschene, in kleine Stücke geschnittene Kartoffeln können mitgekocht werden. Beim Anrichten fügt man „Plantox" und die gehackte Petersilie hinzu.

„Plantox" ist in Packungen von 30 Gramm, 1/8, 1/4, 1/2 und 1/1 Pfund zu haben und von der Ersatzmittelstelle Hamburg genehmigt. Paraguay-Fleischextract-Gesellschaft m. b. H., Hamburg.

Zigaretten, jed. Quant. verkauft billigst Ramlow, Ackerstr. 28.

Pferd, Geschirre und **Kastenwagen** verkauft Schillerstr. 12 in Lichtenberg.

MÖBEL!

kaufen bei den jetzigen Preisen ist lediglich reine Vertrauenssache, deshalb kann man nur beim Fachmann resp. Fabrikanten wirklich reell gearbeitete
Kompl. echt eichenes **Schlafzimmer** mit dreiteiligem Schrank **Mk. 1800**
Gediegenes eichenes **Speisezimmer**, Buffet 2 Mtr., verl. Anrichte, Vierzugtisch, 6 Lederstühle **Mk. 4000**
Wundervolles **Herrenzimmer**, reich geschnitzte Bibliothek, Diplomat, sonst kompl. **Mk. 2600**
Entzückende **Anrichteküche** (7 teilig) weiß lackiert **Mk. 650**
kaufen **Stabernack**, Potsdamer Str. 77 (Am Kleistpark).

Erprobte Erfindung! Zum Schutze der Volksgesundung
Beseitigung von Ausflüssen u. chron. Katarrhen (schnell u. schmerzlos)
Sanabo
Erfolgreichstes Spül-Instrument bei Blasen-, Darm- u. **Harnleiden** aller Art.
Ohne Berufsstörung auch für Frauen
In Krankenhäusern, Lazaretten, Kliniken im Gebrauch. Empfohlen von ersten Autoritäten.
Erhältlich für Aerzte oder auf ärztliche Verordnung:
„Sanabo" G. m. b. H. Berlin W., Bülowstr. 12, part. Fernspr.: Nollend. 566.
Aerztliche Sprechstunden 12–2, 6–8 Sonntags 11–1.
Prospekte

Aus dem Felde zurück
Dr. Willy Sklarek,
Spezialarzt für Haut- u. Geschlechtsleiden, Cottbuser Damm 12a.
10–11, 4–5.

Sprechstunde wieder täglich.
Dr. Sonnenfeld,
Frauenarzt,
Friedrichstr. 125, am Oranienburger Tor.

Aus dem Felde zurück.
Dr. Otto Gordon,
Facharzt für Lungenleiden, Kurfürstenstr. 72.
Sprechz. vorm. 9, nachm. 4 Uhr. Vorh. Anmeldung erwünscht.

Dr. Hans H. Heimann.
Früher: Königgrätzer Str. 67.
Jetzt: Königgrätzer Str. 99 gegenüber dem Theater.
Telephon Lützow 9990.
Sprechst. 8–4.

Vom Heeresdienst zurück.
Dr. Martin Behr,
Rüdersdorferstrasse 35.

Aus dem Felde zurück:
Prof. Ziemann,
Innere u. Tropen-Krankheit. Charlottenburg, Goethestr. 82.
5–6½. Tel. Steinpl. 14014.

Konetzny,
Bülowstr. 48, I
und
Alexanderstr. 37.
Alexanderplatz.

Die Verlobung mit der Bäckermeister-Tochter Else Kittlaus, Berlin, Ruppiner Str. 16, erkläre ich für aufgehoben. **Gustav Kusch**, z. Zt. Berlin, Wollinerstr. 48.

Damen-Hutformen
direkt in
Eckstein's Hutfabr.
Invalidenstr. 38,
a. d. Chausseestr.
Fil. Wielandstr. 7,
a. d. Kantstr.

Bettnässen
jeder Art, auch hartnäckige u. veraltete Fälle, beseitigt vollständig mein Spec.-Mittel. Ueber 25 Jahre sicher bewährt. M. 6.50. Otto Reichel, Berlin 43, SO., Eisenbahnstr. 4.

Flechten, Wunden, offene Füsse, Krampfaderleiden heilt sogar in verzweifelten Fällen mit oft überraschendem Erfolg die **hautbildende** schmerz- und juckreizstillende **„Vater Philipp-Salbe".** Preis 1,80 u. 3,56 M.; erhältl. in Elefanten u. Kronenapotheke. Man hüte sich vor Nachahmungen und bestelle, wo nicht erhältlich, direkt bei Tutogen-Laboratorium, Szittkehmen-Rominten 50.

Edosana
(Nährsalzpillen mit Malzextrakt)
kräftigt, bildet Blut, frischt die Nerven auf, indem es u. a. Phosphor, Kalk, Eisen dem Körper zuführt. Bei Schwäche, Blutarmut, Unterernährung ist „Edosana" als belebendes Stärkungsmittel bestens zu empfehlen.
Preis 2 Mark.
Borussia-Apotheke, Berlin-Schöneberg, Hauptstrasse 151.

Guter Ton u. feine Sitte, Geschenkband M. 5.25. Die Kunst des Gefallens 6.40, Tanzlehrbuch 3.85, Klavierschule 7.40, Violinschule 5.60, Zeichenschule 6.50, Traumbuch 2.65. Nachnahme. L. Schwarz u. Co., Verlag, Berlin N. 61, Dresdenerstraße 80.

Möbel
günstig. Einkauf
Speise-, Herren-, u. Schlaf-Zimmer, Küchen
Dorn, Weinmeisterst. 9, unweit Pfandkamm.

Fachlehrbücher I. Ranges mit vielen Abbildungen
Mod. Seifenfabrikation M 12. D. Seifensieder 11. Destillierkunst 4. Essigfabrikation und Senfbereitung 4. Parfümeriefabrikation 4. Der Gerber 12. Mod. Lederfabrikation 8.70. Gerbereitechnisches Auskunftsbuch 44. Oberlederfabrikation 12. Fußbekleidungskunst 14. Das Fleischergewerbe 21.85. Fleischwaren- und Wurstfabrikation 8. Tabak und Tabakfabrikate 18. Zigarettenfabrikation 8. Bäckerei 13.35. Konditorei 26.65. Back- und Süßspeisenbuch 15. Der Metallarbeiter 8.70. Schlosser 17.35. Das Schlosserhandwerk 38. Schmied 8.70. Kupferschmied 10. Klempner 16. Die Blechabwickelungen 4.40. Der moderne Installateur 28.20. Wasserleitungsinstallateur 10. Dachdecker 8.70. Maschinenbau 44. Maschinist 10. Heizer und Kesselwärter 17.20. Heizungsmonteur 13.70. Metallgießerei 18. Metalldreherei 12.70. Formerei 12. Galvanotechniker 8.70. Elektrizitätspraxis 46.75. Leitfad. d. Elektrotechnik 8.80. Starkstromanlagen 8.80. Elektr. Licht- und Kraftanlagen 4. Schwachstrom-Schaltungsschemas 4. Flugzeugtechnik 4. Der Automobilmotor 15.20. Fachzeichnen 10. Optik 15. Pianofortebau 15.35. Orgelbau 8.70. Harmonium 4.70. Schreinerhandwerk 28.10. Möbeltischler 13.35. Bürg. mod. Möbel 12. Einf. mod. Möbel 10. Mod. Schlafzimmer 33. Wohn- u. Speisezimmer 33. Der Zimmermann 8.70. Dachausmittelungen 8. Dachschiftungen 3. Der Holzbau 8.70. Stellmacher 14. Holzberechner 5. Schnittholzberechner 2.70. Der Maurer 8.70. Der Bauführer 8. Stukkateur und Gipser 5.35. Der Kunststein 10. Ziegelfabrikation 17.85. Steinmetz 8.70. Steinberechner 4. Sattlerhandwerk 25.30. Das Polstern 11. Wagenfabrikant 15. Tapezierer und Dekorateur 12.70. Dekorations- und Stubenmaler 7. Zimmerdekorateur 6.70. Firmenschriften 12. Zeichenschule 6.50. Kürschnerkunst 13.70. Hutmacher 8.70. Zuschneidekunst (Herren) 16.50. Damenschneiderei 21.35. Buchdruckerkunst 12. Großes Lehrbuch der Landwirtschaft 41.10. Lehrbuch der Landwirtschaft 15. Gärtnerbuch 12.10. Rechenhelfer 3.35. Lohnrechner 2. Rechnen 5.25. Deutsch 5.25. Englisch 5.25. Französisch 5.25. Buchführung 5.25. Bankwesen 5.25. Der Gute Ton 5.25. Klavierschule 7.40. Violinschule 5.60. 1000 Rezepte zu Handelsartikeln 5.50. Wir liefern auch jedes andere Werk. Gegen Nachnahme.
L. Schwarz & Co., Verlagsbuchhandlung, Berlin N. V. 14, Dresdenerstr. 80.

Homöopatisches Institut
f. inn. u. äuss. Leiden, spez. veralt. Fälle
Gg. Mayer, Oranienstr. 158 I. (Moritzplatz), Spr. 10–11 u. 4–5, Sonntags 10–12.

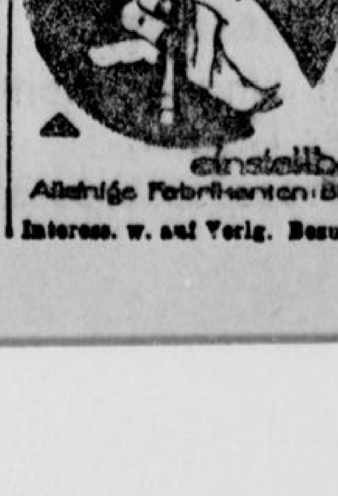
Stottern
Stammeln, Lispeln, Nervosität und Angstgefühl vorm Sprechen, Atemnot beseitigt gründlich
Dr. Schraders Spezial-Institut für Stotterer usw.
Berlin W., Lützowstr. 30 (Sprechst. 3–5 Uhr).
Jeder, der stotterfrei singt, erhält eine fliessende, natürliche Sprache

Technikum Strelitz (Mecklenburg).
Gesamtes Ingenieur und Baufach. Beginn 7. April und 10. Okt. Kriegsbeschädigt. Ermässig. Progr. ums.

Zellstoff-Segeltuch
ohne Bezugschein zur Selbstanfertigung von Berufskleidung, Schürzen, Tischdecken, Handschuhen, Pantoffeln, Handtaschen, als Steifleinen, zu Säcken und für Polstermöbel u. s. w.
Qualität A Mk. 8.50 pro Quadratmeter
" B " 6.– " "
" C " 4.50 " "
Probelieferung franko Nachnahme.
Richard Wilde Chem.-techn. Werke Leipz.-Reudnitz.

Umfärben von **Militär-** und anderer **Kleidung**
in kürzester Zeit. Eilsachen in 3 Tagen
Gr. Posten werden auch schnellst. erledigt
Färberei W. Schulze, Greifswalder Strasse 201
Auf Wunsch Abholung durch m. Fuhrwerk
Fernsprecher: Alexander 3326, Königstadt 3678.
Annahmestellen werden noch vergeben.

Der neue BeBe -G- Rasier-Apparat



gebogen
einstellbar für jeden Bart
Alleinige Fabrikanten: Blank & Schwab, Berlin-Neukölln
Interess. w. auf Verlg. Bezugsquelle aus. Fabrik. nachgew.

A. WERTHEIM

Kurzwarenlager:
Rolloschnur ..... Meter **10** und **12** Pf.
Fensterverdichter ..... Pack **1.35** M.
Gardinenband mit Ringen ... Meter **55** Pf.

Unterröcke

Unterrock aus bastfarbiger Kunstseide, Ansatz mit Säumchen garniert **40.00**

Unterrock weiches Seidenband, neue Form, hoher reich garnierter Ansatz, verschiedene Ausführungen **79.00**

Unterrock aus gutem Taffetband, hoher Ansatz mit Säumchen und Ziehung **95.00**

Kostümröcke

Rock aus meliertem Stoff, moderne faltige Form mit Gürtel **22.00**

Röcke a. cheviotartigen Stoffen, schwarz, marine, braun, meliert, verschiedene Formen, glatt, mit Gürtel oder faltig **69.00**

Seidenrock aus Taffet, schwarz und marine, neue gezogene Form, breiter Gürtel mit Hohlsaum und Knöpfen **98.00**

Gesellschafts- und Teekleider

aus Crêpe de chine, Tüll und Satin-Grenadine
Aparte Ausführungen in verschiedenen Preislagen

Ball- und Tanzkleider

in jugendlichen feschen Formen aus Tüll, Crêpe de chine und Chappe-Voile in großer Auswahl und zu vorteilhaften Preisen

Weißwarenlager:

Halsrüschen aus Straussfedern

in verschiedenen Farben und Preislagen

Blusen

Bluse a. gestreifter Seide, halsfreie Form **39.00**

Bluse aus gesticktem Wasch-Voile, offen und geschlossen zu tragen **39.00**

Bluse aus dunkelgestreifter Seide, in verschiedenen Dessins **58.00**

Bluse aus Pailetteseide, halsfreie Form, in verschiedenen Farben **59.00**

Weißwaren

Jabot mit Stehkragen aus Tüll mit Spitze **2.90**

Jabot mit Stehkragen aus Spitze **4.25**

Blusenkragen aus Mull mit Säumchen und Spitzen-Ansatz **4.90**

Blusenkragen Mull mit Spitzen-Ansatz **5.25**

Blusenkragen aus Opal mit imitierten Filet-Motiven und Spitze **6.50**

Marabukragen **20.00**

Bekanntmachung. Vollmilch.

Die Vollmilchkarten für März 1919 werden in den zur Fettstelle Groß-Berlin gehörenden Gemeinden in den nächsten Tagen ausgegeben. Es gelangen zur Ausgabe:

a) für die nach dem 1. Januar 1918 geborenen Kinder rote, mit „A I" gekennzeichnete Milchkarten,

b) für die in der Zeit vom 1. Januar 1917 bis zum 31. Dezember 1917 geborenen Kinder lila, mit „A II" gekennzeichnete Milchkarten,

c) für die in der Zeit vom 1. Januar 1916 bis zum 31. Dezember 1916 geborenen Kinder grüne, mit „B I" gekennzeichnete Milchkarten,

d) für die in der Zeit vom 1. Januar 1915 bis zum 31. Dezember 1915 geborenen Kinder blaue, mit „B II" gekennzeichnete Milchkarten,

e) für die in der Zeit vom 1. Januar 1914 bis zum 31. Dezember 1914 geborenen Kinder braune, mit „C I" gekennzeichnete Milchkarten,

f) für die in der Zeit vom 1. Januar 1913 bis zum 31. Dezember 1913 geborenen Kinder graue, mit „C II" gekennzeichnete Milchkarten.

Die zu verabfolgende Litermenge ist auf den Kranken- und Sonderkarten, nicht aber auf den Kinderkarten aufgedruckt. Welche Vollmilchmenge auf die Kinderkarten verabfolgt wird, wird noch besonders bekanntgegeben werden. Auf die übrigen Karten ist die aufgedruckte Menge voll zu verabfolgen, soweit nicht eine abweichende besondere Anordnung ergeht.

Die Inhaber von Vollmilchkarten haben die Märzkarten bis zum 20. Februar d. J. einschließlich dem Milchhändler vorzulegen. Die auf Grund dieser Neuanmeldung erfolgende Belieferung gilt für die Zeit vom 1.—31. März 1919. Die „A I", „A II", „B I" und „B II" Kinderkarten, ferner die durch ein großes „A" in dem Mittelfeld gekennzeichneten Karten über ¼ Liter und die Vollmilchbezugsscheine, die zum Bezuge von „A und B" Milch berechtigen, dürfen nur in den „A und B" Milchgeschäften, die „C I und C II" Kinderkarten, die übrigen Vollmilchkarten, ferner die Vollmilchbezugsscheine, welche zum Bezuge von „C"-Milch berechtigen, dürfen nur in den „C" Milchgeschäften angemeldet werden. Die verschiedenen Arten von Geschäften sind durch ein entsprechendes Plakat im Schaufenster kenntlich gemacht.

Der Milchhändler hat die Kontrollabschnitte abzuschneiden, den einen (links unten) hat er aufzubewahren, den anderen (rechts unten) hat er wie bisher der Fettstelle Groß-Berlin (Milch) einzusenden. Die Milchhändler werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Kontrollabschnitte bis zum 22. Februar ds. Js. bei der Fettstelle Groß-Berlin (Milch), Berlin C. 2, Poststr. 6, eingegangen sein müssen. **Eine Verlängerung dieser Frist kann unter keinen Umständen stattfinden.**

Die Milchkarten dürfen von den Händlern nicht in Gewahrsam genommen werden, sondern bleiben in den Händen der Bezugsberechtigten. Die Milchkarten sind täglich vorzulegen, der Milchhändler hat täglich den gültigen Tagesabschnitt abzutrennen und an sich zu nehmen.

Berlin, den 6. Februar 1919.

Fettstelle Groß-Berlin (Milch).

Die Vollmilchkarten für März 1919 sind in Berlin von den Brotkommissionen

für die Kinder im 1. und 2. Lebensjahre am Montag, den 10., und Dienstag, den 11. Februar 1919,

für die Kinder im 3. und 4. Lebensjahre am Mittwoch, den 12., und Donnerstag, den 13. Februar 1919,

für die Kinder im 5. und 6. Lebensjahre am Freitag, den 14., und Sonnabend, den 15. Februar, abzuholen. Die Haushaltungsvorstände werden im eigensten Interesse darauf hingewiesen, daß die Karten an den vorbezeichneten Abholungstagen von den zuständigen Brotkommissionen geholt werden müssen; jedoch sind den Haushaltungen, denen Karten für verschiedene Altersstufen zustehen, sämtliche Milchkarten an einem Tage auszuhändigen. Karten für Kranke werden wie bisher von der Zentralstelle für Krankenernährung zugesandt. Soweit sie sich bis zu den vorstehend festgesetzten Anmeldungsterminen bereits in den Händen der Empfänger befinden, ist die Anmeldung innerhalb der Frist zu bewirken. Die nach Ablauf der Frist überreichten Karten tragen den Stempel „Nachanmeldung" und können jederzeit angemeldet werden.

Den am 1. Januar 1917 und später geborenen Kindern wird je 1 Pfund Nährmittel gewährt. Die Ausgabe der Bezugsscheine für die Nährmittel erfolgt zusammen mit der Ausgabe der März-Milchkarten.

Berlin, den 6. Februar 1919.

Magistrat.

Tgb. IV/56 F. Mi.

Herzliche Bitte!

Mein Sohn, Füsilier **Paul Krokotsch**, Königin-Augusta-Garde-Grenadier-Regiment Nr. 4, 9. Kompagnie, soll bei einem Erkundungstrupp April 1918 im Senecat-Wald gefallen sein. Welcher Kamerad kann mir über meinen Sohn nähere Angaben machen? Bin bereit, entstehende Unkosten dankend zurückzuerstatten.

M. Krokotsch Wwe.,
Hamburg,
Brekelbaumspark 25.

Städtische Elektrizitätswerke Berlin.

Nach den Beschlüssen der Gemeindebehörden von Berlin treten anstelle der bisherigen Bestimmungen über die Erhebung eines Teuerungszuschlages auf die in den Elektrizitätslieferungsbedingungen festgesetzten Preise folgende Vorschriften:

„Die Preise der in den Bedingungen der Städtischen Elektrizitätswerke Berlin aufgeführten Tarife verstehen sich für einen Kohlenpreis von 20 M. für die Tonne frei Werk. Diese Preise erhöhen sich um je 10 % für jede angefangene 4 M. Preissteigerung für die Tonne Kohle; sie erniedrigen sich um je 10 % für jede volle 4 M., um die der Kohlenpreis zurückgeht.

Für das erste Vierteljahr des Jahres 1919 wird ein Kohlenpreis von 60 M. für die Tonne zugrunde gelegt, für die folgenden Vierteljahre gilt stets der durchschnittliche Kohlenpreis des vorangegangenen Vierteljahres.

Der Grundpreis der Bodenflächengebühr in Tarif VII (Einheitstarif) wird von 3 Pfg. auf 2,5 Pfg. monatlich für das Quadratmeter ermäßigt und unterliegt ebenfalls vorstehenden Zuschlägen. Der Tarif V (Pauschaltarif) bleibt zuschlagsfrei.

Bei Verwendung von Münzzählern, die zurzeit für einen Strompreis von 60 Pfg. für die Kilowattstunde eingerichtet sind, wird der den Betrag von 60 Pfg. übersteigende Mehrpreis nachberechnet.

Diese Grundsätze gelten von der für den Monat Januar 1919 bis zu der für den Monat März 1920 auszustellenden Rechnung."

Berlin, den 31. Januar 1919.

Städtische Elektrizitätswerke Berlin.

Kameraden!

Wollt Ihr zulassen, daß Hunderttausende Eurer Landsleute polnisch werden?

Sie bitten Euch: „Helft uns, ehe es zu spät ist."

Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften melden sich im Werbebüro des Grenzschutzes Ost, Abschnitt von Winterfeld,

Brandenburger Tor.

Mobile Löhnung, 5 Mark Grenzschutzzulage. Vorzügliche Verpflegung. Militärpapiere mitbringen. Alter nicht unter 22 Jahre.

Kraftfahrer heraus!

Für den Grenz- und Heimatschutz werden dringend im Kraftfahrwesen erfahrene Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften benötigt.

Bedingungen:

Verpflichtung für den Grenzschutz Ost, mobile Löhnung, Zulage pro Tag M. 5.—, freie Verpflegung und Unterbringung.

Meldungen:

a) **für Offiziere schriftlich oder telegraphisch an die**

Inspektion der Kraftfahrtruppen, Bin. W 66,
Mauerstraße 83/84, Abt. Ia;

b) für Unteroffiziere und Mannschaften schriftlich oder persönlich an den Referenten für Kraftfahrwesen beim

Oberkommando in den Marken, Berlin W 10,
Viktoriastraße 25.

Ausbildungspersonal

Das

Freiw.-Regt. Oven

Charlottenburg, Joachimsthalerstr. 32,

stellt Rekruten ein, zu deren Ausbildung junges, kräftiges kriegserfahrenes **Ausbildungspersonal** gesucht wird:

Unteroffiziere, Vizefeldwebel, Feldwebel.

Bekannte Bedingungen, gute, freie Verpflegung und Unterbringung.

Maschinen-Transporte
führt sachgemäss aus
W. Herrmann, Montagemstr.,
Prinzenstr. 97, Moritzpl. 4957.

Achtung Musiker!

Für den Garnisondienst (Berlin) werden noch Musiker aller Instrumente zu den nachfolgenden Bedingungen eingestellt: 7,00 Mark tägliche Löhnung, Verpflegung und Unterkunft. Nur wirklich gute, gelernte Musiker mit Uniform und eigenen Instrumenten wollen sich schriftlich oder persönlich in der Zeit von 6—8 Uhr abends im **Musikerheim, Restaurant Blum, Neukölln,** Weisestraße 23, melden.

Bürgerliche
Wohnungs-Einrichtungen
in erstklassiger Ausführung zu soliden Preisen liefert unmittelbar ab Fabrikgebäude an Private

Möbel-Grosslager Berliner Tischler- und Tapeziermeister

Albert Gleiser,
Berlin C. 21, Alexanderstr. 42,
Alexanderplatz.

Wir unterhalten noch eine reiche Auswahl in erstklassigen Möbeln bis zum Auserlesensten. Besichtigung äusserst lohnend und erwünscht. Bahnfreie Lieferung durch ganz Deutschland. †

Zähne mit u. ohne Platte, Goldkronen, Plomben, Anarbeit, schlechtsitz. Gebisse, Reparat. sofort. **Goldstein,** Uhlandstr. 79a.

---

10 000 Karbidlampen

prima Ausführung, wundervoll billige Beleuchtung, jetzt bedeutend billiger, Garantie für jede Lampe.

Nr. 11 Probestück M. 6,50, 25 St. à 2,75, 50 St. à 2,50, 100 St. à 2,40

Nr. 21 Probestück von M. 13,75 an.

Prima Karbidbrenner **„Ceto"** per 100 Stck. M. 18.—. Händler hohen Rabatt.

Nr. 11 Nr. 21

Heyse, Fahrradhaus, Berlin, Oranienstrasse 32.
Zweiggeschäft Berlin, Grosse Frankfurter Str. 145.
Zweiggeschäft Berlin-Schöneberg, Hauptstrasse 157.

Ankauf
von bedeutendem
Brillanten- und Perlschmuck
bei barer Auszahlung

Kanonierstr. 9. **Margraf & Co.**
Spezialhaus f. Juwelen-Gelegenheitskäufe

Bekanntmachung
über die
Neueinteilung der Erwerbslosenfürsorge Berlin.

Lfd. Nr.	Stadtbezirk	Geschäfts- und Zahlstelle	Gemeinde-Schule
1	1—14, 133—136, 143—146	Elisabethkirchstraße 19	67/13
2 3 4	15—30 31—49 50—66	Gulmstraße 15	120/143 " "
5 6	67—78 79—84, 137—142	Bergmannstr. 60/65 do.	60/236 "
7	105—109	Reichenbergerstraße 131/132	145/151
8	114—132	Bergmannstr. 60/65	60/236
9	151—158, 160—165	Memelerstr. 24/25	256/237
10 11	174—177 181	Eckertstraße 16/17 do.	271/258 "
12 13	182—188, 189a, 189d, 189f, 194—201 189b, 189c, 189e, 190—193	Bötzowstraße 40 do.	257/294 "
14	202—217, 269—271	Elisabethkirchstr. 19	67/13
15	220—236, 239 und 241	Kastanienallee 81/82	15/171
16	242—244	Bötzowstr. 40	257/294
17	250 und 251	Putbuserstr. 22	167/175
18	255—270, 272—274, 267 und 268	Elisabethkirchstr. 19	67/13
19 20 21	279—283, 297—304 284—290 291—296	Turmstr. 75	82/90
22	305, 307—309	Müllerstr. 48	86/141
23 24	319, 328—326 98—104, 147—150	Gotenburgerstr. 4 Memelerstr. 24/25	56 u. 58 Hilfs- 256/237
25	110—113	Reichenbergerstr. 131/32	145/151
26 27	166—173 154—159	Memelerstraße 24/25 do.	256/237 "
28	178—180	Eckertstraße 16/17	271/258
29 30	246 und 248 218, 219, 237, 238, 240, 245 und 247	Kastanienallee 81/82 do.	15/171 "
31	252—254	Putbuserstraße 22	167/175
32	249	Gotenburgerstraße 4	56 u. 18 Hilfs-
33	260, 262—266, 275—278, 306	Putbuserstraße 22	167/175
34 35	310—313 314—318	Müllerstraße 48 do.	86/141 "
36	261, 320—322	Gotenburgerstraße 4	56 u. 18 Hilfs-
37	85—97	Reichenbergerstr. 131/32	145/151

Berlin, den 8. Februar 1919.

Magistrat.
Erwerbslosenfürsorge.
Sassenbach.

Tgb. Nr. 482 Erwbl.-F. I/19.

Gartenstadt am Bahnhof Cöpenick
verkauft **Grundstücke** zu
Einfamilien- u. Reihenhäusern
von 2000 Mark an.
Auskünfte erteilt **Lehrmann,** Coepenick, Biesdorferstr. 57.

Riesige Auswahl

Tanz-Kleider,
Gesellschafts- u. Nachmittags-Kleider,
auch Jungmädchen-Kleider.

Entzückende

Leopold Gadiel

Königstr. 22—26, 1 Treppe

Reizende farbige **Voile-Kleider 88.— 98.—**

Batist- u. Voile- **Blusen 35.— bis 45.—**

Hochelegante **dunkelblaue Kostüme** auf Seidenfutter à **250.—**

Einsegnungs-Kleider in feinen Wollstoffen und Seide

Schwarze **Moiré-Jacken 85.—**

Reizende seidene **Kinder- und Mädchen-Kleider** 80—100 cm **billig.**

Seidene **Unterröcke** à 59.— 69.— 79.—

Kieler Knaben-Anzüge in allen Grössen.